

Antrag

Nummer 2000/0083
Datum 24.02.2000
Wiedervorlage . . .
Aktz. Bgm.-S 5
Bezugs-Nr.

Beratungsfolge	Termin	Status
Gemeindevertretung	01.03.2000	öffentlich
Gemeindevertretung	23.03.2000	öffentlich
Haupt- und Finanzausschuß	11.05.2000	öffentlich
Gemeindevertretung	18.05.2000	öffentlich

Betreff:

Antrag der SPD-Fraktion vom 23.02.2000;
Resolution zum Ausbau des Frankfurter Flughafens

Beschlußvorschlag:

Die SPD-Fraktion bittet die Gemeindevertretung folgende Resolution zu beschließen:

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeindevertretung von Ginsheim-Gustavsburg lehnt einen Ausbau des Frankfurter Flughafens entschieden ab. Die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in Ginsheim-Gustavsburg hat schon jetzt die Grenze des Erträglichen erreicht, wenn nicht bereits überschritten. Deshalb darf es keine neue Start- oder Landebahn am Flughafen geben. Dies gilt für alle derzeit diskutierten Varianten.

Die Gemeindevertretung fordert den Gemeindevorstand auf, alle möglichen politischen und juristischen Schritte zu überprüfen, die einen Ausbau verhindern können. Dabei ist eine enge Kooperation mit dem Kreis Groß-Gerau und anderen betroffenen Städten und Gemeinden in der Region anzustreben.

Auch die laufende Steigerung des Flugbetriebes auf dem bestehenden Bahnsystem („Optimierung“) muss mit wirksamen Lärmschutzmaßnahmen einhergehen. Die im Bericht der Mediationsgruppe vorgeschlagene Paketlösung muss hier angewendet werden. Das bedeutet: Eine Optimierung des Flughafens darf nur dann erfolgen, wenn ein wirksames Nachtflugverbot erlassen und ein verbindliches Programm zur Lärmvermeidung und Lärminderung („Anti-Lärm-Paket“) umgesetzt wird. Gleichzeitig ist für die Einrichtung des im Paket eingeforderten „Regionalen Dialogforums“ zu sorgen.

Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Birle
stellv. Fraktionsvorsitzender

Sitzung der Gemeindevertretung am 23.03.2000

TOP. 18.

Antrag der SPD-Fraktion vom 23.02.2000;
Resolution zum Ausbau des Frankfurter Flughafens - **Einbringung** -
(Vorlage-Nr. 2000/0083)

Der Antrag wurde eingebracht und an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Vorlage

1. zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.05.2000, TOP
2. zur Sitzung der Gemeindevertretung am 18.05.2000, TOP

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11. Mai 2000

TOP 06:

Antrag der SPD-Fraktion vom 23.02.2000;
Resolution zum Ausbau des Frankfurter Flughafens
(Vorlage-Nr. 2000/0083)

Herr Hanschke erklärte für die SPD-Fraktion, dass sie ihren früheren Standpunkt nochmals bekräftigen wollten, um nichts unversucht zu lassen, um Schaden von der Gemeinde und den Bürgern abzuwenden.

Herr Bach -CDU- führte aus, dass er für den Ausbau des Flughafens sei, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Für die betroffenen Anwohner sollen jedoch Schallschutzmassnahmen getroffen werden.

Herr Faßbender -CDU- ergänzte, dass ihm die grundsätzliche Ablehnung ohne Prüfung der Rahmenbedingungen nicht gefalle. In der Region hätte in der Vergangenheit nur der Flughafen neue Arbeitsplätze geschaffen, alle anderen hätten abgebaut. Es sprach sich ebenfalls für Schallschutzmassnahmen sowie ein Nachtflugverbot aus.

Herr Hanschke -SPD- erwiderte, dass nach dem Bau der Startbahn West wesentlich weniger Arbeitsplätze wie vorgesehen geschaffen worden seien. Er zweifelte die Prognosen zur Schaffung von Arbeitsplätzen nach dem Ausbau an; sie seien weit überzogen. Des weiteren würden Schallschutzfenster nichts nutzen, wenn man sich im Garten aufhalte.

Beschluss:

Dem Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zugestimmt.

Sitzung der Gemeindevertretung am 18. Mai 2000

TOP 13:

Antrag der SPD-Fraktion vom 23.02.2000;
Resolution zum Ausbau des Frankfurter Flughafens
(Vorlage-Nr. 2000/0083)

Frau Pfeiffer -SPD- berichtet von den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Bayer -SPD- berichtet von den Beratungen im Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss.

Frau Pockrandt -Bündnis 90/Die Grünen- signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion zum Antrag. Es gäbe genug Gründe, die gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens sprechen würden.

Herr Guthmann -CDU- führt aus, dass mit dem Thema Flughafen ausbau sensibler umgegangen werden soll. Es gäbe genug Ausweichmöglichkeiten (Flughafen Hahn), die nach seiner Meinung nicht genügend berücksichtigt worden seien. Er kündigt für seine Fraktion an, dass sie nicht einheitlich abstimmen werde.

Bürgermeister von Neumann sagt, dass die Kommunen möglichst viele Partner gegen einen Ausbau des Flughafens gewinnen müssen um etwas zu erreichen.

Beschluss:

Der Vorlage wurde mit

22 Ja-Stimmen (18 SPD und 4 Bündnis 90/Die Grünen),

5 Nein-Stimmen (4 CDU und 1 SPD) und

1 Enthaltungen (CDU)

zugestimmt.
